

Bericht aus der Gemeinderatsitzung am 26.07.2021

Bürgerfragestunde

Aus der Mitte der Bürgerschaft wurden keine Fragen gestellt.

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

In der vorangegangenen Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

Bebauungsplan am Bogen

Der Gemeinderat hat in der vergangenen Sitzung beschlossen, zunächst nur den westlichen Teilbereich als Bebauungsplanes fortzuschreiben. Damit werden 5 Grundstücke zwischen 350 m² und 550 m² bebaubar gemacht. Diese Grundstücke werden mit den neuen Vergaberichtlinien (sog. Einheimischenmodell), die noch zu beschließen sind, zugeteilt. Wir weisen darauf hin, dass eine vorherige Bewerbung oder die Aufnahme in eine Interessentenliste nicht möglich ist und bitten von entsprechenden Anfragen bei der Stadtverwaltung Abstand zu nehmen. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13 b Baugesetz durchgeführt. Es wurde die Bekanntgabe und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange beschlossen.

Bericht über die Vermarktung der Bauplätze im Albblick I

Vor einigen Monaten wurde die Veräußerung der 21 Grundstücke im Albblick I beschlossen. Inzwischen wurden neun Kaufverträge abgeschlossen. Weitere 13 Plätze wurden jetzt zugeteilt, davon erhielten 9 Trossinger und 4 auswärtige Bewerber den Zuschlag. Rund ein Viertel der Interessentenliste ist damit „abgearbeitet“. Zum Zuge kamen Bewerber, die sich 2019 auf die Interessentenliste eingetragen haben.

Neuabschluss eines Vertrags über den Betrieb und die Förderung der evangelischen Kindergärten in Trossingen

Mit der Inbetriebnahme des Kindergartens Albblick bedarf es einer neuen vertraglichen Grundlage, weil mehr und insbesondere erstmals Kleinkindgruppen seitens der Evangelischen Kirchengemeinde Trossingen betrieben werden. Im Wesentlichen kommt dabei ein Mustervertrag zur Anwendung. Die Kirchengemeinde beteiligt sich für den Beate-Paulus-Kindergarten, den Johannes-Brenz-Kindergarten und den Kindergarten Schura mit 9 % der nicht durch die Stadt Trossingen und den Elternbeitrag gedeckten Betriebsausgaben. Der Gemeinderat bemängelte, dass es keine Regelung zur Kurzarbeit gibt, wenn die Einrichtung, wie in den vergangenen eineinhalb Jahren geschehen, wegen unvorhergesehenen Lagen (Corona) schließen muss. Die Bürgermeisterin erläuterte, dass alle kirchlichen Träger auf den Verzicht der Kurzarbeit bestehen. Der Gemeinderat stimmte dem Vertrag einstimmig zu.

Schülerbeförderung zur Kellenbachschule in Schura

Seit 2015 übernimmt der Landkreis für die Monate November bis März teilweise die Beförderungskosten für die Grundschüler aus Trossingen, welche die Kellenbachschule in Schura besuchen. Nun informierte das Nahverkehrsamt darüber, dass die Mindestentfernung zur nächsten Schule mindestens 3 km betragen muss. Es seien mit Rosenschule und Friedensschule zwei nähere Schulen vorhanden. Die Verwaltung schätzt den Sachverhalt anders ein. Friedensschule und Rosenschule seien voll belegt und es sei für Eltern ohnehin nur schwer vermittelbar, dass es in einigen Fällen in unmittelbarer Nähe zwar eine Schule gibt, ihre Kinder aus Kapazitätsgründen dennoch nach Schura fahren müssen. Die Verwaltung schlug vor, nochmals auf das Landratsamt wegen der Erstattung der 7.000 Euro zuzugehen und bat auch die Kreisräte um Unterstützung.

Unabhängig davon werden im kommenden Jahr im Haushaltsplan 15.000 Euro veranschlagt, damit die Grundschüler in allen Monaten eine Busfahrkarte erhalten. Grundschulern bis Klasse 3 sei eine unbegleitete Radfahrt nach Schura aus Sicherheitsgründen ohnehin nicht zuzumuten. Der Gemeinderat ergänzte die Argumentation dadurch, dass mit der großzügigen Regelung zu Gunsten der Familien auch die Zahl der „Elterntaxis“ reduziert werden sollte. Der Gemeinderat stimmte dem Vorschlag einstimmig zu.

Vergabe der Planungsleistungen Radwegekonzept für Trossingen und Schura

Der Gemeinderat hat der Beauftragung eines stadtweiten Radwegekonzeptes, das auch ein Bürgerbeteiligungsverfahren umfasst, zugestimmt. Die Kosten dafür betragen 27.739 Euro und den Auftrag soll die Planungsgruppe SSW aus Ludwigsburg erhalten. Die Stadt kann auf Fördermittel in Höhe von 90 % durch das Land hoffen. Die Vergabe steht daher unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Mittel. Der Gemeinderat begrüßte den Vorschlag, dass in Kürze an einem Konzept aus einem Guss gearbeitet wird und stimmte einstimmig zu.

Einbau einer Gasheizung

Der Gemeinderat hat den Einbau einer Gasheizung für das Gebäude Tuninger Straße mit 4 Wohneinheiten beschlossen. Das wirtschaftlichste Angebot hat mit 53.639 Euro die Firma Kraus aus Seitingen-Oberflacht abgegeben. Die Kosten für die Heizungsarbeiten wurden mit 55.000 Euro beziffert. Insgesamt waren für die Sanierungsarbeiten am Gebäude mit den weiteren Gewerken Abbruch, Maler und Trockenbau auf 80.000 Euro geschätzt. Die aktuelle Kostenberechnung/Kostennachverfolgung geht von einer Mittelüberschreitung von 29.000 Euro aus.

Neubau am Schulzentrum Trossingen – Überdachung der Fahrradstellplätze

Für das Technikgebäude und die Fahrradstellplätze waren zunächst 320.000 Euro veranschlagt. Im Zuge der weitergehenden Planung zeigte sich, dass dieser Mittelansatz bei weitem nicht ausreichend war und die bisher angedachte Lösung rund 480.000 Euro kosten sollte. Die Verwaltung hat daher nach weiteren Möglichkeiten gesucht Kosten einzusparen und brachte den Vorschlag ein, nur 1/3 der Radabstellplätze zu überdachen. Insgesamt ist festzuhalten, dass in den Kosten nicht nur die Fahrradstellplätze enthalten sind, sondern auch ein Technikgebäude. Aus hygienischen Gründen sind unter anderem die Küchenabfälle der Mensa zu kühlen, so dass in den Kosten 245.000 Euro für dieses Technikgebäude enthalten sind. Es geht bei der Diskussion also um die Differenz von 235.000 Euro, je nachdem, ob alle, nur ein Teil oder gar keine Stellplätze überdacht werden sollen. Aus der Mitte des Gemeinderates wurde der Beschlussantrag gestellt, auf die Überdachung komplett zu verzichten. Die Verwaltung schlug vor, 1/3 der Abstellplätze zu überdachen. Dieser Kompromiss würde 91.000 Euro mehr kosten als keine Überdachung vorzusehen. Es entstand eine lebhafte Diskussion. Es wurde das Argument hervorgebracht, dass der Radabstellplatz unerwünschten Besuchern Treffpunkt bieten könne. Andere Gemeinderäte argumentierten dahingehend, dass der bisherige Stand nicht verschlechtert werden solle und überdachte Radstellplätze dem Radverkehr insgesamt förderlich wären. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde entgegnet, dass der Kostenrahmen ohnehin überschritten sei und das Geld dringend an anderer Stelle benötigt würde. Der Gemeinderat folgte mit knapper Mehrheit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Neubau am Schulzentrum Trossingen – Vergabe von Lieferleistungen für die Möblierung der Bücherei

Der Gemeinderat hat beschlossen die Möbel an die Firma Schulz aus Speyer zum Angebotspreis von 72.628 Euro zu vergeben. Die Kostenberechnung ging von 113.000 Euro aus, so dass es hier zu einer kleinen Einsparung kommt.

Verzicht auf die Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts Cluser Straße 18 und Ernst-Hohner-Straße 21

Der Gemeinderat hat beschlossen auf das Vorkaufsrecht für die beiden Gebäude zu verzichten.

Bundestagswahl am 26. September

Die Verwaltung informierte über den Vorbereitungsstand der Bundestagswahlen. Der Gemeinderat hat beschlossen die Wahlhelfer mit 50 Euro zu entschädigen.

Annahme von Spenden

Der Gemeinderat genehmigte die Annahme von Spenden in Höhe 3200 Euro in Geld. Außerdem nahm der Gemeinderat Sachspenden in Höhe von 1.780 Euro an.